

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 179 (2013)
Heft: 3

Artikel: Verteidigungskooperation im Fokus der Münchner Sicherheitskonferenz
Autor: Lezzi, Bruno
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-327628>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Verteidigungskooperation im Fokus der Münchner Sicherheitskonferenz

An der 49. Münchner Sicherheitskonferenz sind nicht nur aktuelle Krisenherde wie Syrien und Mali, sondern auch längerfristig relevante Fragen wie die Entwicklung der transatlantischen Beziehungen beleuchtet worden. Bundespräsident Ueli Maurer nutzte dieses Forum überdies für bilaterale Gespräche.

Bruno Lezzi

Für die sogenannte Strategic Community hat die Münchner Sicherheitskonferenz die gleiche Bedeutung wie das Davoser Weltwirtschaftsforum für die internationale Wirtschafts- und Finanzelite. Und so trafen sich denn auch dieses Jahr wieder zahlreiche Regierungsdelegationen, hohe Militärs, Unternehmer und Wissenschaftler am ersten Februarwochenende im polizeilich hermetisch abgeriegelten Hotel Bayerischer Hof in München. Bundespräsident Ueli Maurer, der ebenfalls nach München gereist war, schätzte dieses renommierte, geistig anregende Diskussionsforum. Zudem bot sich ihm Gelegenheit für den Gedankenaustausch mit Verteidigungsministern aus wichtigen Partnerländern wie beispielsweise Deutschland und Schweden (vgl. Kasten).

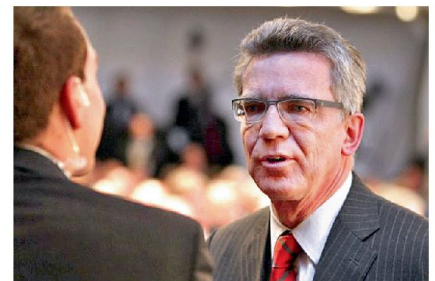
1962 hatte Ewald-Heinrich von Kleist – der letzte heute noch lebende Wider-

standskämpfer aus dem Kreis des Grafen von Stauffenberg – diese Plattform unter der Bezeichnung Wehrkundetagung ins Leben gerufen.

Kritik am UNO-Sicherheitsrat

Wie der Vorsitzende der Sicherheitskonferenz, Botschafter Wolfgang Ischinger, in seiner Eröffnungsrede betonte, geht es in diesen Konferenzen nicht nur um eine Beurteilung aktueller Krisenherde, sondern auch um die Beleuchtung längerfristig relevanter Faktoren, welche die weltweite Sicherheitslage beeinflussen. Die Darlegung unterschiedlicher Standpunkte aus der Sicht der jeweiligen Kontrahenten vermittelt zwar aufschlussreiche Einblicke in die entsprechenden Denkweisen; in Anbetracht der Dynamik moderner Kriege und Krisen handelt es sich aber dabei zumeist nur um Momentaufnahmen.

Dies betraf nicht zuletzt auch das Echo auf das amerikanische Angebot an Iran, in direkte Gespräche über die Auseinandersetzungen um das laufende Atompro-



Der deutsche Bundesminister der Verteidigung, Thomas de Maizière, hat die Konferenz eröffnet. Bild: BMVg

Bundespräsident Maurer für pragmatische Militärkooperation

Bruno Lezzi: Herr Bundespräsident, bei einer Diskussion europäischer Verteidigungsfragen erachteten alle Podiumsteilnehmer (unter ihnen der Generalsekretär der NATO und die niederländische Verteidigungsministerin) eine engere verteidigungspolitische Kooperation als nötig. Wie gross ist der Handlungsspielraum für eine Ausweitung der internationalen militärischen Aktivitäten der Schweiz?

Bundespräsident Maurer: Die Schweiz verfolgt einen pragmatischen Ansatz: Dort wo ein konkreter Nutzen für die Armee auszumachen ist oder Bedarf der internationalen Gemeinschaft für eine Schweizer Unterstützung besteht, prüfen wir eine Vertiefung der Zusammenarbeit – unter Berücksichtigung der politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen. Wie meine Ge-

sprache in München gezeigt haben, wird das Engagement der Armee im Kosovo hoch geschätzt. Hier stellt sich also die Frage nach einer allfälligen Weiterführung des Einsatzes. Darüber hinaus gilt es, die Vorteile einer Teilnahme an europäischen Initiativen und Projekten – ich denke da etwa an den Austausch von Daten zur Luftlage (Air Situation Data Exchange, ASDE) – abzuklären. Bei «Pooling and Sharing» oder «Smart Defence» besteht eher wenig Handlungsspielraum: Die Neutralität ist darauf angelegt, dass wir selber die kritischen Fähigkeiten behalten und nicht auf andere zählen, gleichzeitig könnten wir anderen nicht militärischen Beistand leisten, wenn dieser wirklich nötig wäre. Am ehesten können wir bei der Ausbildung und bei der militärischen Friedensförderung Synergien mit anderen suchen.

gramm einzutreten. Während der iranische Aussenminister Ali Akbar Salehi in München noch verhaltene Zustimmung signalisiert hatte, folgte nur wenige Tage später die Absage aus Teheran. Das politische und geistliche Oberhaupt Irans, Ayatollah Ali Khamenei, bezeichnete den von Vizepräsident Joe Biden angekündigten Vorstoss als Täuschungsmanöver. Allein schon die häufig wiederholte Betonung des iranischen Nationalstolzes und der kulturellen Überlegenheit seines Landes durch Salehi in München hatte gezeigt, dass eine Annäherung der stark voneinander abweichenden Positionen sehr schwierig werden könnte.

Und auch in der Syrienfrage zeichnete sich keine Überwindung von Hemmnissen ab, welche die Not der leidenden Bevölkerung bald lindern könnte. So rückte der russische Aussenminister Sergej Lawrow nicht von der seit langem bekannten Argumentation ab, wonach eine Intervention nur auf Grund eines UNO-Mandates in Betracht gezogen werden könne. Er traf sich aber dennoch zu einem kurzen Gespräch mit Scheich Moas al-Kha-

tib, dem Präsidenten der Dachorganisation der syrischen Opposition. Während Lawrow überdies die von syrischen Chemiewaffen ausgehende Gefahr herunterspielte, begründete Israels Verteidigungsminister Ehud Barak den Lufteinsatz gegen einen syrischen Lastwagenkonvoi klar mit der Bedrohung durch Zehntausende von Raketen des Hizbullah. Sowohl der türkische Aussenminister Ahmet Davutoglu als auch der Ministerpräsident Katars, Scheich Hamad bin Jassem Al Thani, meinten, dass die im Kalten Krieg wurzelnden Strukturen des UNO-Sicherheitsrates für die Konfliktlösung im Nahen und Mittleren Osten ungeeignet seien.

Keine Abkehr der USA von Europa

Zu etwas konkreteren Schlussfolgerungen kam die Konferenz bei der Behandlung der transatlantischen Sicherheitsbeziehungen und von Fragen nach der Zukunft der europäischen Verteidigung. Vizepräsident Biden bezeichnete Europa als Grundpfeiler im Beziehungsgefüge der USA. Die beabsichtigte strategische Kräfteverlagerung in den pazifischen Raum liege im Interesse Europas, da neu geknüpfte Netzwerke der allgemeinen Stabilität förderlich seien.

Unter sicherheitspolitischen Vorzeichen wollte Biden auch seinen Aufruf für ein umfassendes transatlantisches Freihandelsabkommen verstanden wissen. Andere Referenten wie beispielsweise der deutsche Aussenminister Guido Westerwelle liessen ebenfalls keine Zweifel darüber aufkommen, dass eine verlässliche Sicherheits- und Verteidigungspolitik nur auf einer gesunden wirtschaftlichen Basis geführt werden könne. Gleichzeitig gab er zu verstehen, dass Sicherheit in Europa nur im Zusam-



Auch der Vizepräsident der USA, Joe Biden, unterstrich die Zusammenarbeit mit Russland. Bild: MSC

mengehen mit Russland zu schaffen sei, eine Auffassung, die auch Joe Biden vertrat. Trotz Differenzen in strategischen Fragen – insbesondere über das Raketenabwehrsystem – müssten die USA und Russland ihre Nukleararsenale weiter reduzieren, nicht zuletzt mit dem Ziel, Mittel für Innovationskraft im zivilen Bereich zu gewinnen, unterstrich Biden. Und der russische stellvertretende Verteidigungsminister, Anatoli Antonow, bekräftigte, dass Europa nur mit Russland der Bedrohung durch Terrorismus und Proliferation von Massenvernichtungsmitteln wirksam entgegenzutreten könne.

Neue verteidigungspolitische Akzente

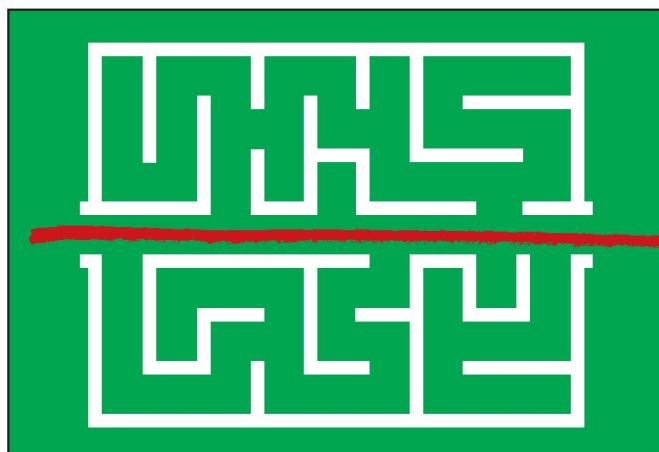
Ausgiebig wurde auf Podien im Weiteren über Möglichkeiten debattiert, europäische Verteidigungspolitik in angespannter Haushaltslage zu gestalten. Wie der deutsche Verteidigungsminister, Thomas de Maizière, ausführte, sollte man sich beim sicherheitspolitischen Gipfel

der EU im Dezember nicht zuletzt auf die Frage konzentrieren, welche Leistungen die Europäer bieten könnten, ohne dabei die NATO zu duplizieren. Prinzipiell war man sich darin einig, dass die Zusammenarbeit im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) zu verstärken sei.

Staatliche Souveränität müsse in einer weniger traditionellen Weise als bisher verstanden werden, hielt die Verteidigungsministerin der Niederlande, Jeanine Hennis-Plasschaert, fest. Der Initiative «Pooling and Sharing» der EU komme Priorität zu. Und der Generalsekretär der NATO, Anders Fogh Rasmussen, verlangte unter dem Stichwort «Smart Defence», dass beispielsweise das gemeinsame Instrument der NATO Response Force sich noch mehr als bisher zu einem «Motor der künftigen Einsatzbereitschaft» zu entwickeln habe. Schwieriger wird es, wo die nationale Rüstungsindustrie betroffen ist, wie Bernhard Gerwert, CEO von Cassidian, oder Ashton Carter, stellvertretender Verteidigungsminister der USA, befügten. In diesem Bereich finden sich die Nationalstaaten zurzeit kaum dazu bereit, den Abbau eigener Überkapazitäten an die Hand zu nehmen. Schliesslich warnte der Oberste Alliierte Befehlshaber Transformation, General Jean-Paul Paloméros, die Initiativen von EU und NATO für eine engere Kooperation als Alibi für Budgetkürzungen nehmen zu wollen. ■



Oberst i Gst
Bruno Lezzi
Dr. phil.
Lehrbeauftragter
Uni Zürich
8802 Kilchberg ZH



Der direkte Weg
für Ihre Stellenanzeige...

Telefon 044 908 45 61

+ASMIZ
Sicherheit Schweiz